

NEIN zu Sozialabbau und Arbeitszwang:

Weg mit Hartz IV !

Jeden Montag gehen mehr Menschen auf die Strasse und wehren sich gegen die Zumutungen von Hartz IV und Agenda 2010: Mehr als 150.000 waren es letzte Woche, heute werden es schon deutlich mehr sein. Das ist nur Auftakt für einen heißen Herbst! Wenn wir uns jetzt nicht spalten lassen, wenn wir ausdauernd bleiben und wenn wir den breitem Protest zu tatsächlichem Widerstand weiterentwickeln: Dann wird Hartz IV kippen!

„Arbeitsmarktreform“ nennt die Bundesregierung das Gesetzpaket „Hartz IV“. **Hinter der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum „Arbeitslosengeld II“ steht folgende Überlegung: Wenn Millionen von Arbeitslosen weniger Geld vom Staat bekommen, wenn die staatliche Hilfe nicht mehr zum Leben reicht, dann sind die Arbeitslosen bereit, jeden, absolut jeden Job anzunehmen.** Es soll keine Rolle mehr spielen, wie hoch der Stundenlohn ist, ob jemand für die angebotene Arbeit eigentlich überqualifiziert ist, ob diese Arbeit gesundheitsschädlich ist, durch Schichtdienst das Familienleben gefährdet usw.

Folgerichtig bestimmt das Hartz IV-Gesetz auch, dass das Arbeitslosengeld II nochmals gekürzt

Solidarität statt Spaltung

Hartz IV und die anderen - teilweise schon umgesetzten - Projekte der Agenda 2010 richten sich gegen uns alle!

- Egal, ob wir Arbeit haben oder schon arbeitslos sind.
- Egal, ob wir einen deutschen Pass haben oder nicht. (Deswegen haben Neonazis auf Montagsdemos nichts zu suchen!)
- Egal ob „Ossi“ oder „Wessi“.
- Egal, ob Mann oder Frau.
- Egal, ob alt oder jung.

Wir müssen uns gemeinsam Hartz IV entgegenstellen und gemeinsam alle Spaltungsversuche zurückschlagen. Nur ein solidarischer Kampf wird zum Erfolg führen!

wird, wenn man sich beim Arbeitsamt z.B. zu spät meldet, angeordnete Arzttermine nicht wahrnimmt, bei Bewerbungsgesprächen „unangemessen gekleidet“ erscheint oder nicht nachweisen



kann, dass man es nicht selber zu verantworten hat, dass man einen Job, auf den man sich beworben hat, nicht bekommen hat.

Hartz IV bedeutet, dass

1. der Staat Geld spart, zu Lasten derer, die jetzt schon wenig Geld haben. Millionen Menschen werden in die Armut getrieben.
2. Arbeitslose weiter entrechtet werden. Sie müssen den Behörden ihr ganzes Leben offen legen und stehen unter Arbeitszwang zu allen Bedingungen.
3. das Lohnniveau weiter sinkt. Denn die Tariflöhne bekommen verstärkt Konkurrenz durch Billigjobs, die von den Arbeitslosen durch staatlichen Zwang angenommen werden müssen.

Die Massenarbeitslosigkeit wird dadurch nicht bekämpft. Bekämpft werden nur die Arbeitslosen und letztlich alle, die für ihre Arbeit ein angemessenes Gehalt bekommen wollen.

„Reformen müssen sein“, „wir können uns die ‚soziale Hängematte‘ nicht mehr leisten“, „Deutschland muss im internationalen Wettbewerb bestehen“, „die Arbeitskosten in Deutschland sind zu hoch“, „wir müssen flexibler werden“ sagen Regierung, CDU/CSU/FDP, Wirtschaftsforscher und allen voran die UnternehmerInnen. Ist das überhaupt wahr?

Alte Lügen

Seit über 15 Jahren sinken die Real-löhne, sinken die Realrenten, wird bei Sozialleistungen gespart. Hat das die Arbeitslosigkeit gesenkt oder die Wirtschaft angekurbelt? Nein! Es hat die Profite der Unternehmen erhöht. Aber entgegen des leeren Versprechens, „wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es allen gut“, werden immer weitere Einsparungen verlangt.

Immer mehr Menschen erkennen, dass diese neoliberale Politik für sie nichts anderes bringt, als eine stetige Verschlechterung der Lebensbedingungen. Und die Zumutungen durch das Hartz IV-Gesetz scheinen der Tropfen gewesen zu sein, der das Fass zum Überlaufen bringt: Zehntausende demonstrieren gegen das Gesetz und gegen die Regierung.

Zur Zeit erleben wir den Protest gegen Hartz IV. Gelingt der Sprung vom Protest zum massiven Widerstand, kann es sein, dass die Regierung ihr Gesetz doch wieder zurückzieht. Wenn

- die Montagsdemos kein Strohfeder bleiben,
- die Bewegung sich weiter ausweitet, auch die Großstädte im Westen Deutschlands erfasst,
- Aktionen, wie z.B. Blockaden, an den Arbeitsämtern stattfinden,
- es womöglich auch zu politischen Streiks kommt,
- und die inhaltliche Stoßrichtung der Protestbewegung, gerade der Gewerkschaften, schärfer wird,

könnte der politische Preis für die Regierung und ihre Auftraggeber aus den Konzernen zu hoch werden. Dafür ist es nötig, dass insbesondere die Gewerkschaften inhaltlich eine kompromislose Linie fahren.

Es geht nicht darum, „handwerkliche Mängel“ des Gesetzes zu beseitigen oder ein Hartz IV-„light“ zu verabschieden. Schluss mit der Politik gegen Arbeitslose! Schluss mit dem Sparkurs bei den sozial Schwachen!

Reformen, die diesen Namen verdienen, können nur eine Umverteilung des Reichtums von oben nach unten bedeuten. Eine wirkliche „Arbeitsmarktreform“ besteht in der drastischen Absenkung der Arbeitszeit und deren Verteilung auf alle!

Es gibt kein Zurück

Noch träumen viele - auch in DGB, PDS und der neuen Linkspartei - von einem Zurück in das

Sozialstaatsmodell der 70er Jahre. Das aber wird es nicht geben. Denn die Agenda 2010, die gesamte neoliberale Politik der europäischen Regierungen (ob konservativ oder „sozialdemokratisch“), ist kein Zufall, keine vorübergehende Laune durchgeknallter PolitikerInnen. Der Kapitalismus braucht sich nicht wie früher in Konkurrenz zu den sog. „sozialistischen“ Staaten als humaneres, fortschrittlicheres System zu beweisen. Also blasen die UnternehmerInnen und ihre politischen VertreterInnen zum ungebremsten Klassenkampf. Und sie sind zu scharfen Konflikten bereit. Das zeigt sich auch im Kamikaze-Verhalten der SPD: Die SPD setzt ihre gesamte bisherige Rolle in der Parteienlandschaft aufs Spiel, um die Agenda 2010 durchzusetzen. Vom drastischen Mitgliederschwund, von einem Vertrauensverlust, der zu herben Wahlniederlagen führt, von der Diskussion um eine neue Linkspartei zeigt sich die SPD-Führung bislang nur wenig beeindruckt.

Während in den 70er Jahren ein Grummeln bei den Gewerkschaften reichte, um Verbesserungen durchzusetzen, sind heute Erdbeben nötig, um Verschlechterungen abzuwehren. Und es gibt keine Garantie, dass Erfolge langen Bestand haben...

Wer denkt, dass sich der Kapitalismus „zähmen“ lässt, verkennt die wirklichen Machtverhältnisse und hat aus den vergangenen 20 Jahren nichts gelernt. Auch in der bürgerlichen Demokratie und ihrem Rechtsstaat liegt die tatsächliche Herrschaft bei den wirtschaftlich Mächtigen. Der Staat sorgt für optimale Kapitalverwertung und den Fortbestand der herrschenden Eigentumsinteressen. Das bedeutete vor 30 Jahren auch Zugeständnisse an die Bevölkerung. Der so erkaufte „soziale Frieden“ erbrachte profitable Standort-Vorteile.

Heutzutage sieht es ganz anders aus: Durch Steuerumverteilungen und Privatisierungen werden zusätzliche Geschenke an die UnternehmerInnen gemacht. Militärische Aufrüstung soll die Rohstoff- und Absatzmärkte nach außen sichern oder erobern. Und durch Aufrüstung im Inneren (Verschärfung der Sicherheitsgesetze, Ausbau der Polizei- und Überwachungsapparate) wird dem erwarteten Widerstand begegnet.

Eine andere Welt ist nötig

Die herrschende Politik und ihre Medien verkaufen uns die derzeitigen Zustände als alternativlos: Die (Markt-)Wirtschaft als nicht kontrollierbare, willkürliche Macht, der alles unterwor-

fen ist; Arbeit ist für die große Mehrheit der Menschen nicht die Chance, sich selbst zu verwirklichen und soziale Beziehungen zu leben. Sie erleben nur die entfremdete Form der Arbeit: den Zwang, Geld zu verdienen. Und an diesem Zwang wird der Mensch gemessen. Wer Geld hat, ist erfolgreich und hat sich im Konkurrenzkampf zu seinen Mitmenschen durchgesetzt. Die Prinzipien der konkurrenzvernichtenden Wirtschaft werden auf das menschliche Zusammenleben übertragen. Wer keine Arbeit hat, ist nicht flexibel genug, zu faul, zu anspruchsvoll, jedenfalls selbst schuld. Wer sich diesem Zwang zur entfremdeten Arbeit bewusst oder unbewusst widersetzt, gilt schnell als Schmarotzer (Kanzler Schröder: „Es gibt kein Recht auf Faulheit“). Wir sagen NEIN zum Arbeitszwang!

Denn wenn wir nicht mehr das Recht haben, einen Job abzulehnen, ist die Willkür der UnternehmerInnen grenzenlos: Dann können sie die Arbeitszeit, die Bezahlung usw. diktieren, ohne befürchten zu müssen, keine Arbeitskräfte mehr zu finden.

Logische Konsequenz

Die Marktwirtschaft hat sich als unfähig erwiesen, den gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen und den technischen Fortschritt zu Gunsten aller zu nutzen. Die Krisen der Wirtschaft drohen, alle sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zu vernichten. Die gesamte Agenda 2010 (eine Politik, die in ähnlicher Form überall auf der Welt praktiziert wird) ist daher nur eine logische Konsequenz der Krise der Marktwirtschaft. **Wenn sich aber der Kapitalismus**

Globaler Kapitalismus: Spirale nach unten

Die Globalisierung bzw. der internationale Wettbewerb zwingen zu Veränderungen, behaupten Regierung und Unternehmer, Arbeit in Deutschland sei zu teuer. Die Löhne sind in Tschechien und Polen tatsächlich niedriger. Die polnischen und tschechischen Unternehmer erpressen „ihre“ Arbeitskräfte mit den Löhnen in Weißrussland. Und so geht die Spirale immer weiter nach unten – wenn man sich überhaupt auf die „Löhne-runter-oder-ich-geh-ins-Ausland“-Masche einlässt.

Denn oft ist es tatsächlich nur eine leere Drohung: Denn nicht allein die absolute Höhe des Lohns ist entscheidend, sondern die Produktivität der Arbeit. Und die ist in der BRD immer weiter gestiegen.

Die lohnabhängig Beschäftigten erwirtschaften pro Stunde das Doppelte als noch 1989 (die Gehälter – außer in den Vorstandsetagen – sind aber nicht entsprechend erhöht worden).

unsere Bedürfnisse nicht mehr leisten kann, dann können wir uns den Kapitalismus nicht mehr leisten!

An Stelle des Kapitalismus muss deshalb eine Gesellschaft treten, in der die Produktionsmittel allen gehören sind und in der Produktion und Verteilung demokratisch organisiert werden.

Beteiligt euch an den Montagsdemonstrationen!

Der Widerstand geht weiter - bis die Agenda kippt!

20.10.2004: Landesweite Demonstration in Kiel gegen Agenda 2010 und Hartz IV

6.11.2004: Bundesweite Großdemonstration in Nürnberg zur Bundesagentur für Arbeit unter dem Motto „Gemeinsam gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV! Eine andere Welt ist möglich und nötig!“ Avanti ruft auf zur Beteiligung am antikapitalistischen Block.

Aktuelle Informationen unter www.avanti-projekt.de



www.avanti-projekt.de
info@avanti-projekt.de

Vi.S.d.P.: S. Meyer, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel

„Unsere Überzeugung war und ist, dass diese Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Organisationen braucht.“

(aus dem AVANTI-Grundsatzpapier, 16.5.2004)

KIEL: c/o Ini-Zentrum, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel, kiel@avanti-projekt.de

HAMBURG: c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, hamburg@avanti-projekt.de

NORDERSTEDT: c/o SZ, Ulzburger Str. 6, 22850 Norderstedt, norderstedt@avanti-projekt.de

LÜBECK: c/o ALZ, Schwartauer Allee 39/41, 23554 Lübeck, luebeck@avanti-projekt.de

FLENSBURG: c/o Schlachtereier, Norderstr. 135, 24939 Flensburg, flensburg@avanti-projekt.de